

Schader-Stiftung :: Goethestraße 2 :: 64285 Darmstadt

An alle relevanten
Bundes- und Landesministerinnen und -minister,
Bundestags- und Landtagsausschussmitglieder

Geschäftsführender Vorstand

Schader-Stiftung
Goethestraße 2
64285 Darmstadt
Telefon 06151/17 59-0
Telefax 06151/17 59-25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Vorstand
Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil,
Vorsitzender,
Sabine Süß,
Geschäftsführender Vorstand,
Dipl.-Ing. Alois M. Schader,
Stifter und Vorstandsmitglied

Kontakt: Sabine Süß :: Telefon 06151/17 59-15 :: suess@schader-stiftung.de

Anlage: Teilnehmerliste Denkwerkstatt „Soziale Stadt“

6. Oktober 2011

Leitprogramm „Soziale Stadt“

Sehr geehrte/r,

vor einigen Tagen haben sich Vertreter aus der Zivilgesellschaft, aus Stiftungen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, bürgerschaftlichen Engagementnetzwerken gemeinsam mit Vertretern der kleinen und großen Städte der Bundesrepublik zu einem Austausch über die Zukunft des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ zusammengefunden (siehe Liste anbei). Ziel war es, gemeinsam über die Rolle und bessere Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Programmausgestaltung nachzudenken, da diese seit Jahren durch ihre Aktivitäten und Interventionen in den sozialen Zusammenhalt vor Ort investieren.

Die bei der Denkwerkstatt „Soziale Stadt“ vertretenen Verbände und zivilgesellschaftlichen Akteure möchten in aller Dringlichkeit und Sorge um die Zukunft der Städte und Regionen in Deutschland dazu aufrufen, die sozial geprägte Stadt nicht preiszugeben. Die Ausgestaltung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ muss in seiner bisherigen Form erhalten und gestärkt werden, um sowohl in die sozialen wie auch die baulichen Notwendigkeiten in den Nachbarschaften mit besonderem Handlungsbedarf investieren zu können.

Es gibt zu diesem Programm dauerhaft keine Alternative. Verliert das Programm seine sozial und baulich integrierte Zielrichtung und die dafür notwendige finanzielle Ausstattung, ist die Zukunft und der soziale Zusammenhalt in den Nachbarschaften unserer Städte und Regionen massiv gefährdet. Erfolgreichen Stadtteilprojekten, den aufgebauten Netzwerkstrukturen und dem bürgerschaftlichen Engagement wird eine wesentliche Grundlage entzogen und die bereits geleisteten Investitionen werden entwertet.



Seite 2 von 3 des Anschreibens vom 6. Oktober 2011

Die Stabilisierung und Entwicklung sozial benachteiligter Stadtteile ist auf absehbare Zeit eine andauernde Aufgabe. In spezifischen Sozialräumen konzentrieren sich die Folgen von sozialer Benachteiligung, der demografischen Entwicklung sowie der Zuwanderung. Die Aufgabe gesellschaftlich und räumlich an den Rand gedrängte Bevölkerungsteile zu integrieren, bleibt daher über den Zeithorizont spezieller Förderprogramme bestehen. Die betroffenen Stadtteile und ihre Bewohnerschaft haben dabei aufwendige Integrationsleistungen zu erbringen, die positive Auswirkungen auf die gesamte Stadt haben. Sie müssen dazu dauerhaft in die Lage versetzt werden, infrastrukturell, materiell und ideell. Erst dann besteht die Chance, dass die soziale Balance in einer Stadt hergestellt und gehalten werden kann.

Zivilgesellschaftlich Engagierte sind bereit, sich in die Arbeit einzubringen, um der Gesellschaft zu dienen. Dies geht jedoch nur im Schulterschluss mit den Verantwortlichen auf allen Ebenen, den Kommunen, den Ländern und auf der Bundesebene. Hier muss der Anspruch und das Ziel, integriert und ressortübergreifend zu handeln, als Leitlinie gelebt und zur Nachahmung empfohlen werden.

Deutschland zeigte sich bisher in seiner lokalen, bislang von Bund und Ländern exemplarisch unterstützten Präventionsarbeit in den Quartieren, im europäischen Vergleich vorbildlich. Es muss jedem bewusst sein, dass die Stadtteile mit besonderem Handlungsbedarf nicht „repariert“ werden müssen, sondern dauerhafte Begleitung erfordern, da dort diejenigen wohnen und leben, die besondere Unterstützung in ihrer Lebensgestaltung benötigen. Die baulichen wie sozialen Investitionen in diese Stadtteile und in die dort lebenden Menschen sind immer eine Investition in Bildung, in Integration und damit in die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Ein Nachlassen der Anstrengung, die Menschen, die in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf leben, zu unterstützen, sie zu fördern und zu fordern, wird zu einem weithin spürbaren Standortnachteil Deutschlands werden.

Um diese bislang erfolgreiche Präventions- und Förderarbeit nicht abbrechen zu lassen, müssen Prozesse synchronisiert und Programmlinien gebündelt werden. Dies kann aber nur der zweite Schritt sein. Um glaubhaft die Zivilgesellschaft auf Augenhöhe mit Kommunen, Bund und Ländern zu einer Gemeinschaftsanstrengung zu ermutigen, erfordert es deutlicher Signale, dass die Ausstattung sowie die integrativen und nachhaltigen Ansätze dieses erfolgreichen Programms erhalten bleiben.

Auf allen föderalen Ebenen ist der Handlungsansatz „Soziale Stadt“ als konzeptioneller, strategischer, finanzieller Mehrebenen-/Mehrfelderansatz zu verankern und als dauerhafte Aufgabe festzuschreiben. Eine so verstandene Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Gemeinden unterstützt kommunale Gesamtstrategien zur Verhinderung der Ausgrenzung von gefährdeten Sozialräumen.

Seite 3 von 3 des Anschreibens vom 6. Oktober 2011

Die Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik brauchen eine verbindliche Unterstützung und nicht nachlassende Förderung derer, die vor Ort für den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft durch ihr Engagement sorgen. Das sind ebenbürtig Wirtschaftsvertreter, wie die Wohnungswirtschaft, die vielen zivilgesellschaftlichen Akteure, Stiftungen, Verbände und Initiativen und bislang neben den Kommunen auch Bund und Länder, die sich dieser gemeinsamen Verantwortung und Aufgabe gestellt haben.

Die in dem Treffen vereinten Akteure bieten an, sich mit ihrem Wissen und Können in die Arbeit vor Ort einzubringen, aber auch an der Fortentwicklung gemeinsamer Errungenschaften mit Bund und Ländern zu arbeiten. Nach Ansicht der Teilnehmer der Denkwerkstatt „Soziale Stadt“ muss das Programm „Soziale Stadt“ als Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Gemeinden uneingeschränkt weitergeführt werden. Dieses muss Kernbestandteil einer breit angelegten `Investitionsoffensive Soziale Stadt` werden, die die soziale und bauliche Abwärtsentwicklung in benachteiligten Stadtquartieren stoppt und den Zusammenhalt in den Nachbarschaften stärkt.

Im Bundeshaushalt 2012 müssen die Mittel für diese `Investitionsoffensive` durch ein starkes Leitprogramm „Soziale Stadt“ im Rahmen der Städtebauförderung abgesichert werden, und zwar wieder auf dem Niveau des Jahres 2010, also 95 Mio. Euro. Nur mit einer ausreichenden Mittelausstattung der Städtebauförderung insgesamt, können integrierte Handlungskonzepte in Gebieten der Sozialen Stadt finanziert werden. „Soziale Stadt“ benötigt die Unterstützung weiterer Politikressorts auf Bundes- und Länderebene, um dem integrierten Stadtteilentwicklungsansatz gerecht zu werden.

Zum Leitprogramm „Soziale Stadt“ sollte im Haushaltsplan 2012 des Bundes über einen Haushaltsvermerk sichergestellt werden, dass eine ressortübergreifende `Enquête-Kommission Soziale Stadt` eingerichtet wird, die die `Investitionsoffensive` im Sinne einer Mehr-Ebenen-/Mehr-Felder-Strategie unterstützt und die zivilgesellschaftlichen Kräfte zum Mitmachen einlädt.

Wir, die Teilnehmer der Denkwerkstatt „Soziale Stadt“, bieten unsere Kooperation und unser Engagement zu einem ebenbürtigen Miteinander an. Lassen Sie uns gemeinsam unsere Zukunft sichern.

Mit besten Grüßen,
im Namen der Teilnehmer der Denkwerkstatt,

Sabine Süß